

Große Anfrage

der Abgeordneten Duve, Müller (Düsseldorf), Frau Dr. Martiny-Glotz, Dr. Hauff, Frau Fuchs (Köln), Dr. Schmude, Amling, Bachmaier, Frau Blunck, Egert, Frau Dr. Hartenstein, Dr. Hauchler, Immer (Altenkirchen), Jaunich, Jung (Düsseldorf), Kiehm, Kißlinger, Dr. Kübler, Lennartz, Müntefering, Rappe (Hildesheim), Reimann, Roth, Schäfer (Offenburg), Frau Schmidt (Nürnberg), Stahl (Kempen), Stiegler, Frau Terborg, Urbaniak, Wartenberg (Berlin), Frau Weyel, Wolfram (Recklinghausen), Frau Zutt, Meininghaus, Müller (Schweinfurt) und der Fraktion der SPD

Chemie im Haushalt und Innenraumbelastung

Seit Mitte der fünfziger Jahre sind chemische Produkte in fast alle Bereiche des Haushalts vorgedrungen. Chemikalien in Haushalt, Innenausstattung sowie Hobby- und Baumaterialien bilden heute allein in der Bundesrepublik Deutschland einen Markt mit mehreren Milliarden DM Umsatz und einer Produktion von Millionen Tonnen Chemikalien. Dieser neue und starke Wirtschaftszweig bietet vielen Menschen Arbeit. Die Zunahme dieser Produkte schafft jedoch trotz aller Schutzmaßnahmen zunehmend neue Gefährdungen in den privaten Haushalten und führt durch Verunreinigungen und Abfälle zu erheblichen Problemen im Haushalt der Natur.

Während zum einen der Einsatz von solchen Produkten eine Arbeitserleichterung brachte, wie z.B. bei neuen Waschmitteln, wurden andererseits Wünsche nach bestimmten Produkten erst durch die Werbung gezielt geweckt. Eine Reihe auf dem Markt befindlicher Artikel, wie etwa Weichspüler, Sanitärreiniger, WC-Duftverstärker, Holzschutzmittel oder Dispersionsfarben, sind in den letzten Jahren oder Jahrzehnten auf diese Weise eingeführt worden, die aber zumindest teilweise in ihrem Nutzen fragwürdig sind.

Zudem wurden bis vor wenigen Jahren die gesundheitlichen Auswirkungen vieler anorganischer und organischer Verbindungen in Innenräumen auf den Menschen kaum berücksichtigt. Forschungsergebnisse jedoch, z.B. aus den USA, weisen nach, daß die Belastungen durch chemische Substanzen in den Innenräumen erhebliche gesundheitliche Gefährdungen verursachen. Die Zunahme von Allergien und Atemwegserkrankungen, die oft chronisch werden sowie die Beeinträchtigung des gesundheitlichen Allgemeinbefindens zeigen, daß die Gefahren durch chemische Produkte bisher unterschätzt wurden.

Neben diesen unmittelbaren Belastungen der Menschen durch den Umgang und Verbrauch dieser Produkte im Haushalt kommen schädliche Auswirkungen bei der Herstellung (z. B. Lindanproduktion von Boehringer in Hamburg) sowie bei der Entsorgung (Abwasser/Hausmüll) dieser Produkte für Mensch und Umwelt hinzu.

Unverkennbar verstärkt sich bei den Verbrauchern der Wunsch, möglichst nur umweltfreundliche Produkte zu verwenden, wobei fehlende Sachkenntnis, zu hohe Preise oder das mangelnde Angebot oft Hindernisse sind. Kriterien für gesundheitliche und ökologische Verträglichkeit sind nicht hinreichend festgelegt und dem Verbraucher weitgehend unbekannt, wie das Beispiel der Waschmittel deutlich zeigt.

Um die Entwicklung von umweltfreundlichen Produkten in der Industrie und deren Einsatz in den Haushalten und anderen Bereichen zu fördern, bedarf es verstärkter Verbraucheraufklärung sowie einer Reihe von Förderungsmaßnahmen für umweltfreundliche Produkte und gesetzliche Regelungen.

Wir fragen die Bundesregierung:

I. Allgemeine Fragen

1. Wie bewertet die Bundesregierung die gesundheitlichen Auswirkungen der verstärkten Innenraumbelastungen durch feste, flüssige und gasförmige Verunreinigungen?
2. Teilt die Bundesregierung die Auffassung verschiedener Wissenschaftler, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Häufigkeit von Allergien und Atemwegserkrankungen, die auf Innenraumbelastungen zurückzuführen sind, zunimmt?
3. Welche Untersuchungen hat die Bundesregierung veranlaßt oder welche Untersuchungen sind ihr bekannt, die die Auswirkungen des Chemikaliengesetzes im Haushaltsbereich auf die Gesundheit (akute und chronische Toxizität, Allergien) und die Umwelt erfassen oder abschätzen, und wie bewertet die Bundesregierung diese Untersuchungen?
4. Werden Unfälle und akute Vergiftungen durch Haushaltsprodukte in der Bundesrepublik Deutschland ausreichend erfaßt? Wie hoch ist die Zahl solcher Unfälle und Vergiftungen insgesamt, und wie häufig sind Kinder davon betroffen?
5. In welchem Umfang hat die Stiftung Warentest bisher Haushaltsprodukte auf ihre Umweltverträglichkeit und Gesundheitsgefährdung getestet und bewertet, und für welche Produktgruppen ist dies in Zukunft geplant?
6. Welche Produktgruppen oder Einzelprodukte sind für die Gesundheit der Verbraucher und/oder für die Umwelt problematisch? Bei welchen Produktgruppen oder Einzelprodukten rät die Bundesregierung aus obigen Gründen vom Kauf bzw. Gebrauch ab?
7. Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele und welche Produktgruppen im Haushaltsbereich (wie z. B. Waschmittel,

Holzschutzmittel u. a.) und wie viele Einzelprodukte davon in der Bundesrepublik Deutschland verwendet werden?

8. Wie hoch ist die Jahresproduktion dieser Produktgruppen und Einzelprodukte im Haushaltsbereich (in Tonnen)? Wie hat sich Produktion und Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten zehn Jahren entwickelt?
9. Wie hoch sind die jährlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben der chemischen Industrie für die Entwicklung umweltfreundlicher Haushaltsprodukte?
10. Wie hoch sind die jährlichen Ausgaben der Industrie für Absatzwerbung von Haushaltsprodukten, und wie hoch sind die jährlichen Ausgaben der Bundesregierung für Verbraucheraufklärung in diesem Bereich? Wie beurteilt die Bundesregierung die Werbekampagne der Firma Procter & Gamble nach den Warnungen des Umweltbundesamtes vor Waschverstärkern, wie z. B. Top Job?

II. Baumaterialien und Innenausstattung

11. Sieht die Bundesregierung die Gefahr von gesundheitlichen Gefährdungen durch den weitgehend unregulierten Einsatz von Baustoffen, Anstrich und anderen Materialien der Innenausstattung?
12. Ist durch eine verstärkte Verwendung von Baumaterialien eine erhöhte Radonkonzentration (auch Polonium) in Innenräumen festzustellen, und wie beurteilt die Bundesregierung einen möglichen Zusammenhang zwischen Belastungen und Krebserkrankungen?
13. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über gesundheitliche Gefährdungen durch die Ausdünstungen aus Vulkanisierungs-, Schäumungs- und Imprägnierungsmitteln aus Teppichböden und Fußbodenbelägen vor?
14. Wie bewertet die Bundesregierung, auch unter Langzeitaspekten, die Auswirkungen von Schutz- und Konservierungsmitteln in Lacken, Glasuren, Textilien etc. auf die Belastung der Innenraumluft und damit auf die Sicherung der Gesundheit?
15. Wie hoch ist die jährliche Verkaufsmenge von Lacken, die das Umweltzeichen tragen, und wie hoch ist diese Menge im Vergleich zu nicht so gekennzeichneten Lacken?
16. Welche Mengen an organischen Lösungsmitteln werden jährlich über Lacke, Farben und Verdünner in der Bundesrepublik Deutschland in die Umwelt freigesetzt? Sind diese organischen Lösungsmittel durch wäßrige Dispersionen zu ersetzen? Wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, diese Umstellung zu fördern und wie?
17. Wie bewertet die Bundesregierung unter gesundheitlichen Aspekten die Menge der in Wohnungen eingebrachten Holzschutzmittel, die Lindan, Pentachlorphenol, PCB-Verunreinigungen und Dibenzodioxine/Dibenzofurane enthalten?

18. Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus Studien über die Gefährlichkeit (direkt oder über eine Anreicherung in der Nahrungskette) von Lindan für die Gesundheit (Schwächung des Immunsystems, Schädigungen des Nervensystems, Krämpfe, Leber-, Nieren- und Hodenschäden)?

III. Wasch-, Reinigungs- und Desinfektionsmittel

19. Wie beurteilt die Bundesregierung Phosphatersatzstoffe, insbesondere von Phosphon-Säuren und das Notrilotriazetat (NTA)? Wie beurteilt die Bundesregierung Vorwürfe, daß
- NTA im Trinkwasser in Schwermetallkomplexen auftritt und deren Gesundheitsgefährdung ungenügend untersucht ist,
 - das mögliche Verhalten von NTA im Meer ungenügend untersucht wurde,
 - der vorläufige Einsatz von NTA im Ruhreinzugsbereich einem Großversuch an Mensch und Umwelt gleichkäme?
20. Will die Bundesregierung für kationische Tenside Anforderungen an deren Abbaubarkeit stellen? Was ist der Bundesregierung über das Verhalten von Primärabbauprodukten der Tenside in der Umwelt bekannt?
21. Wie beurteilt die Bundesregierung die sogenannten Bio-Waschmittel in bezug auf ihre Umweltverträglichkeit? Sieht sie die Voraussetzungen gegeben, für bestimmte Waschmittel das Umweltzeichen zu vergeben?
22. Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit des Einsatzes von
- Enthärtern,
 - Weichspülern und
 - Waschverstärkern, und
- ergeben sich aus diesen Mitteln Gefährdungen für Mensch und Umwelt?
23. Wie beurteilt die Bundesregierung den Nutzen von
- Sanitärreinigern,
 - WC-Beckensteinen und WC-Duftverbesserern, insbesondere von paradichlorbenzolhaltigen Produkten, und
 - Desinfektionsmitteln
- im Privathaushalt und öffentlichen Gebäuden? Sieht sie Gefährdungen für Mensch und Umwelt durch verstärkten Einsatz dieser Mittel?
24. Welche Haushaltsprodukte enthalten Paradichlorbenzol, und wie hoch ist die Produktion sowie der Verbrauch dieses Stoffes in der Bundesrepublik Deutschland?
25. In welchen Spülmitteln und anderen Haushaltsprodukten sind Fluorkohlenwasserstoffe z.B. zur Oberflächenentspannung enthalten, und wie beurteilt die Bundesregierung die

Umweltverträglichkeit insbesondere im Hinblick auf die langsame Abbaubarkeit dieser Stoffe?

IV. Sonstige Problembereiche

26. In welchen Kosmetika und Körperpflegemitteln (Deodorant, Antitranspirant) sind chemische Zusätze enthalten, die als gesundheitsgefährdend und umweltschädlich eingestuft werden müssen?
27. Sind der Bundesregierung Untersuchungen bekannt, wonach bestimmte Insektenvernichtungs- und Pflanzenbehandlungsmittel Schädigungen der Atemwege hervorrufen?
28. Wie hoch ist der jährliche Einsatz von Pestiziden im häuslichen Bereich? Ist die Bundesregierung für einschränkende Regelung bei der Verwendung der Pflanzenbehandlungsmittel?

V. Fragen zu Initiativen der Bundesregierung

29. Hält die Bundesregierung eine Übertragung von maximalen Immissions-Konzentrations-(MIK)-Werten als Qualitätskriterium für die Innenraumbelastung für sinnvoll?
30. Sind nach Auffassung der Bundesregierung baurechtliche Regelungen zur Absenkung von Innenraumbelastungen durch Baustoffe erforderlich? Strebt die Bundesregierung eine eindeutige lufthygienische Regelung für Baustoffe, Anstriche und sonstige Materialien zur Innenausstattung an, um bedenkliche Ausgasungen in Innenräumen zu verhindern?
31. Was hält die Bundesregierung von Forderungen nach
 - epidemiologischer Erfassung von Allergieerkrankungen,
 - vollständiger Deklarierungspflicht von kritischen Inhaltsstoffen den Behörden gegenüber, die auf Anfrage öffentlich zugänglich sein müssen und
 - genauen Informationen über genaue Dosierung, Anwendung und mögliche Gesundheits- und Umweltgefahren auf der Packung für den Verbraucher?
32. Wie steht die Bundesregierung zu Forderungen, problematische Haushaltsprodukte nur nach einem Prüfverfahren in den Handel kommen zu lassen, wobei Gesundheits- und Umweltgefahren umfassend geprüft werden müssen?
33. Ist die Bundesregierung bereit, umweltverträgliche Produkte stärker als bisher zu fördern, und welche Maßnahmen will sie dafür ergreifen? Wie will die Bundesregierung sich dafür einsetzen, daß im öffentlichen Beschaffungswesen in Zukunft vorrangig Produkte mit dem Umweltzeichen eingekauft werden?
34. Wie steht die Bundesregierung zu Forderungen nach einer Produkthaftung bei problematischen Haushaltsprodukten?
35. Soll – ähnlich der US-amerikanischen Regelung – Pentachlorphenol für eine Innenraumverwendung verboten werden?

Sollen nach Auffassung der Bundesregierung hochtoxische und zum Teil krebserzeugende Stoffe wie Tributylzinnoxid, Chlorthalonil, Carbendazim, Dichlorfluanid für die Verwendung in Innenräumen eingeschränkt oder verboten werden? Ist die Bundesregierung für ein Verbot des persistenten chlorierten Kohlenwasserstoffs Lindan?

36. Wie bewertet die Bundesregierung die sachlichen und personellen Möglichkeiten der staatlich finanzierten Verbraucher-Organisationen (Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher, Stiftung Warentest, Verbraucherberatungsstellen in den Ländern) über die Umweltverträglichkeit von Haushaltsprodukten zu informieren, und wird sie die Verbraucherinformation in diesem Bereich verstärkt fördern?

Bonn, den 25. Januar 1985

Duve

Müller (Düsseldorf)

Frau Dr. Martiny-Glotz

Dr. Hauff

Frau Fuchs (Köln)

Dr. Schmude

Amling

Bachmaier

Frau Blunck

Egert

Frau Dr. Hartenstein

Dr. Hauchler

Immer (Altenkirchen)

Jaunich

Jung (Düsseldorf)

Kiehm

Kißlinger

Dr. Kübler

Lennartz

Müntefering

Rappe (Hildesheim)

Reimann

Roth

Schäfer (Offenburg)

Frau Schmidt (Nürnberg)

Stahl (Kempen)

Stiegler

Frau Terborg

Urbaniak

Wartenberg (Berlin)

Frau Weyel

Wolfram (Recklinghausen)

Frau Zutt

Meininghaus

Müller (Schweinfurt)

Dr. Vogel und Fraktion

